

## Antrag

### der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### Gemeindefinanzen dauerhaft stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die kommunalen Finanzen in Deutschland befinden sich in einer kritischen Situation. Die weltwirtschaftlich bestimmte, unbefriedigende Konjunkturentwicklung der letzten zwei Jahre und tief greifende Änderungen von Unternehmensstrukturen im sich rasch verändernden europäischen und weltweiten Wettbewerbsumfeld haben seit langem vorhandene strukturelle Mängel des kommunalen Finanzsystems offen gelegt und zum Teil dramatisch verstärkt. Die kommunale Investitionstätigkeit, die auch gesamtwirtschaftlich von zentraler Bedeutung ist, ist dadurch spürbar beeinträchtigt.

Die Bundesregierung hat bereits auf diese Entwicklungen reagiert: Noch Ende 2001 wurden im Rahmen des Gesetzes zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform Maßnahmen mit einem Umfang von rund 700 Mio. Euro zur Sicherung der kommunalen Einnahmen beschlossen. Auch das geplante Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen enthält eine Vielzahl von Elementen, die die Einnahmen von Städten und Gemeinden erhöhen.

Die dringend erforderliche Stärkung der Gemeindefinanzen kann dauerhaft aber nur gelingen, wenn gleichzeitig auch die zentralen Strukturmängel sowohl auf der Einnahme- wie auch auf der Ausgabenseite der kommunalen Haushalte zügig beseitigt werden.

Der Deutsche Bundestag begrüßt daher,

dass die Bundesregierung im März 2002 eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen unter Beteiligung von Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände und der Länder sowie Vertretern der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften eingesetzt hat. Mit der Modernisierung des Kommunalsteuersystems und der geplanten Entlastung der Städte und Gemeinden bei der Sozialhilfe durch eine Zusammenführung mit der Arbeitslosenhilfe für erwerbsfähige Leistungsbezieher entsprechend dem Hartz-Konzept bereitet die Kommission zwei zentrale Ansätze zur Verstärkung der kommunalen Einnahmen und zur nachhaltigen Verbesserung der Investitionskraft auch in strukturschwächeren Städten und Gemeinden vor.

Der Deutsche Bundestag strebt an,

auf Basis der Vorarbeiten der Kommission eine Reform der Gemeindefinanzen mit diesen Elementen zum Jahresbeginn 2004 in Kraft zu setzen. Die Umset-

zung der Reform bedarf in besonderer Weise der Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände.

Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Beteiligten,  
mit Nachdruck in diesem Sinne zu einer Konsensfindung beizutragen.

Berlin, den 12. Februar 2003

**Franz Müntefering und Fraktion**  
**Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion**